

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **36 (1946)**

Heft 33

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



**Eröffnung des Kongresses
des Frauenweltbundes
in Interlaken**

Unter dem Präsidium der Engländerin M. J. Gorbett Ashby fand am Sonntagnachmittag im Kursaal Interlaken die Eröffnung des Frauenkongresses statt, der von über 100 Delegierten aus 20 Ländern besetzt ist. (Photopress)

**Friedenskonferenz in
Paris**

Links aussen:

Der französische Regierungschef u. Aussenminister Georges Bidault, lud die Teilnehmer an der Friedenskonferenz von das diplomatische Korps von Paris zu einer grossen Soiree ein nach dem Quai d'Orsay. Zugewogen war auch der schweizerische Gesandte Minister Burkhardt. — Unser Bild: Georges Bidault begrüsst Minister Burkhardt (links) und stellt ihm seine Gäste vor. Zwischen Burkhardt und Bidault erkennt man Madame Bidault. (Photopress)

Links:

De Gasperi in Paris. Zur Plenarsitzung der Friedenskonferenz der 21 Nationen ist nun die offiziell eingeladene Delegation Italiens auf dem Feld von Le Bourget in Paris eingetroffen. Ministerpräsident de Gasperi (rechts) von seinem Amtsvorgänger, dem früheren Regierungschef Bonomi (links) begleitet, ist sich der Schwierigkeiten bewusst, auf die er als Vertreter einer Nation, die zu vier Fünftel als ehemaliger Feind und zu einem Fünftel als Bundesgenosse betrachtet wird, durchaus bewusst. (ATP)



Am 21. August begeht in Bern der Direktor der Verlagsbuchhandlung Francke AG., Karl Emil Lang, seinen 70. Geburtstag. Der Jubilar übernahm 1925, nach dem Tode von A. Francke die Direktion des Unternehmens. Karl Emil Lang gehört seit 12 Jahren dem Vorstand Schweiz. Verlagsbuchhändler an, deren Präsident er gegenwärtig ist. (Photopress)

Am 20. August begeht Gottfried Wenger, Rütli-Zollikofen, seinen 60. Geburtstag. Der Jubilar ist Laboratoriumsvorstand der bernischen Molkereischule Rütli-Zollikofen seit 1913. Von 1919—1943 war er Lektor für Milchkunde und Milchuntersuchung an der Universität Bern, nachdem er diese Vorlesungen von 1913—1919 in Vertretung von Prof. Peter gehalten hatte.

Der hervorragende Komponist und Dirigent Othmar Schoeck feiert am 1. September seinen 60. Geburtstag. Der überaus aktive Jubilar hat auf der ganzen Welt den Schweizernamen auf dem Gebiete der Musik zu grossem Ansehen verholfen, und die meisten seiner zahlreichen Lieder und seiner Bühnenkompositionen haben im Ausland grosse Anerkennung gefunden.

Absturz eines Militärflugzeuges

Zwei Pilotenschüler tödlich verunglückt. Ein unter tragischen Umständen erfolgter Absturz eines schweizerischen Militärflugzeuges bei Trubschachen hat zwei junge Menschenleben gefordert. Die Pilotenschüler Kpl. Hablützel Ernst, stud. ing., geb. 1926 (links), und Kpl. Knechtel Robert, Feinmechaniker, geb. 1925, beide in Zürich wohnhaft gewesen, stürzten, nachdem die Maschine mit einem Draht in Berührung gekommen war, zu Tode. (ATP)

Schützen-Länderkampf Schweiz-Schweden in Biel



Bundespräsident Dr. Kobelt verfolgte am Sonntag die Ergebnisse im Bieler Schießstand mit besonderem Interesse. Als Vorsteher des Militärdepartementes ist ihm das Schiessen besonders ans Herz gewachsen. — Dr. Kobelt lässt sich von Weltmeister Karl Zimmermann den Matchstutzer erklären und seiner Diopter-Zielvorrichtung. Es handelt sich um die Matchwaffe, die dem Luzerner Weltmeister schon unzählige höchste Ehren an internationalen Schützenwettkämpfen eingebracht hat. (Photopress)

Rechts:

Die Schweizer entschieden den Armeegewehrmatch sehr klar zu ihren Gunsten: Schweiz 2585, Schweden 2520 Punkte! Ohne das grosse, persönliche Können der einzelnen Schützen an-tasten zu wollen, muss doch gesagt werden, dass im Armeegewehrkampf die schweizerische Präzisionswaffe als solche mitgeholfen hat, das prachtvolle Resultat zu erzielen. (Die Schweden schossen mit ihrem Ordonnanzgewehr). Unser Bild zeigt die siegreiche Armeegewehrgruppe, von links nach rechts: Zimmermann (Luz.); Ciocco (Zürich); Jakober (Glarus); Grünig (Luzern); Horber (Zürich). Photopress



Rechts:

Einzelsieger im Armeegewehrmatch wurde der Schweizer Otto Horber (Zürich) mit 526 P. (liegend 182, kniend 178 und stehend 166 Punkte). — Wir zeigen ihn beim Kniendschiessen in Biel. (Photopress)

Links:

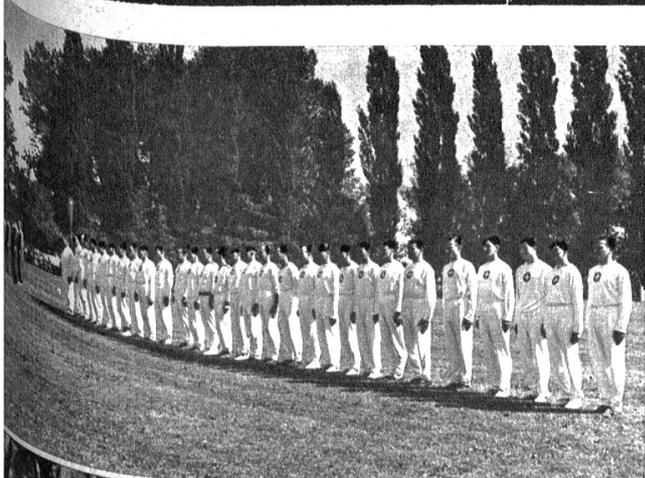
Leichtathletik- Länderkampf Schweiz - Frankreich

In Lausanne fand vor 4000 Zuschauern der Leichtathletik - Länderkampf Schweiz-Frankreich statt, der den Gästen einen überlegenen Sieg einbrachte, siegten sie doch in 13 Disziplinen, während unsere Athleten viermal erfolgreich blieben. Unser Bild zeigt die Vorstellung der beiden Mannschaften, zunächst der Kamera die Schweizer Nationalmannschaft. (ATP)

Die besten Leistungen der Schweizer wurden in den Läufen über 400 und 1500 m geboten, wo beidemale Saisonbestleistungen erzielt wurden. Wir zeigen den Finish im 400-m-Lauf: der Schweizer Hardmeier (Innenbahn, rechts) gewinnt vor dem Franzosen Lunis, dem Schweizer Keller und dem Franzosen Sigonney. (Photopress)



Am grossen Treffen der Zürcher Kunstturner in Adliswil wartete ein Dreizehnjähriger mit einer vortrefflichen Leistung auf. Hans Höhn (Wädenswil) kam in Kategorie C auf den zweiten Platz mit dem vorzüglichen Resultat von 58,05 Punkten. Diese Leistung ist deshalb überraschend, weil dieser Jungturner im Jahre 1933 geboren ist! Da braucht uns um den Nachwuchs nicht bange zu sein! (ATP)



POLITISCHE RUNDSCHAU

Der „politische Milchpreis“

—an— Es scheint, dass in der *Frage der Milchpreis-Erhöhung* bis heute keine neuen Ideen geboren wurden, dass also nach vielem Schreiben, Reden und Markten schliesslich nach altem Schema entschieden, das heisst, ein Kompromiss geschlossen werden soll, der nichts Endgültiges und nichts Grundsätzliches aufweist, der vor allem *keine Befriedigung bei der Landwirtschaft, Unzufriedenheit bei der betroffenen untern Konsumentenschichten und schliesslich Gleichgültigkeit bei jenen Schichten zurücklässt, die eigentlich das grösste Interesse daran hätten, «einen gesunden Käuferstamm im Lande», Bauern und Arbeiter, die nach Bedürfnis kaufen können, zu schaffen.* Wir meinen Gewerbe und Industrie, die vor allem für das Inland produzieren. Vor allem aber wird man das alte Lied von der «endlosen Treppe» anstimmen, wie im «Nebelspalter», der die Stufen dieser Treppe abwechselnd mit «höhere Preise» und «höhere Löhne» anschreibt und einen krummgewerkten Bauern gerade wieder einen frisch beschriebenen Laden auf einer der Stufen anbringen lässt, und darauf heisst es: «Milchpreiserhöhung».

Wenn dabei der Ausdruck «*politischer Milchpreis*» gebraucht wird, denkt man an das allbekannte Spiel zwischen den Parteien, die ihre Meinungen abgeben und ihre Einflüsse spielen lassen und die seit Menschengedenken üblichen Konstellationen bilden. Die Landwirtschaft ist dieses Spiels eigentlich längst bis zum Halse satt und hegt die Hoffnung, «einmal» werde das ein Ende nehmen. «Einmal» werde ein genügend hoher Preis erreicht sein, auf welchem man dauernd bauen und wirtschaften könne. Vielleicht ist dieses «einmal» eine Illusion insofern, als die Bewegung aller Preise nach einigen Ruhejahren doch wiederum neue Forderungen notwendig machen kann. In diesem Falle aber sollte die Forderung nicht abermals den «Zufällen von Parteienkonstellationen» anheimfallen. Es müsste irgendwo und irgendwie eine Instanz und Richtlinien geben, nach welchen eine derartige Erhöhung festgelegt werden könnte, ohne dass zuerst um die Gnade aller Parteien gewibelt werden müsste. Diese Hoffnung sollte man allerorten, nicht nur bei den Milchproduzenten, hegen dürfen.

Heute schickt die Grossindustrie, die ihren Export gefährdet sieht, beispielsweise die «Metallarbeiterzeitung» vor, um gegen die bäuerliche Forderung zu kämpfen, und die «Neue Zürcher Zeitung» zitiert daraufhin das Arbeiterblatt. Soll man diese Art von «Solidarität in der Metallbranche», diese Art Einigkeit von Unternehmertum und Arbeiterschaft, so warm sie auch schon begrüsst wurde, lobpreisen...? Es gab auch schon *andere Ansätze im Lager der Linken*, die von der *Zusammenarbeit von «Bauer und Arbeiter»* redete und sich dabei wohl bewusst war, was es auch für das Gewerbe und die Inlandindustrie bedeutete, dass «die ganze Welt Geld habe, wenn es der Bauer und der Arbeiter hätten». *Gerade von links her möchte man etwas anderes vernehmen als das alte «Konsumenten-Nein».* Beispielsweise eine «Konjunktur-Ausgleichskasse» als Idee. Aus einer solchen Kasse müsste beispielsweise der Milch «aufgeholfen» werden.

Die langsame Konferenz

Es gibt ein «langes Parlament», dessen Name historisch geworden ist. Man kann im Konversationslexikon darüber lesen. Vielleicht geht die erste Pariser Konferenz nach dem zweiten Weltkriege als die «langsame Konferenz» in die Geschichte ein. Verdient hätte sie es. Denn am 12. August, vierzehn Tage nach Beginn, sind die Her-

ren Delegierten *immer noch nicht über die Abstimmungsformel, immer noch nicht über die Frage der «einfachen» oder der «Zweidrittelsmehrheit» einig* geworden und wissen eigentlich keinen Ausweg, um aus der tragischen Sackgasse herauszukommen. Ueber das vergangene Wochenende wurde bereits von Vertagungsmöglichkeiten gesprochen. Klar ist immerhin eines: In der Zweidrittelsmehrheit, welche von den «Grossen Vier» auf Wunsch Russlands empfohlen worden, sehen die Russen das Mittel, alle ihnen nicht genehmen Anträge der Kommissionen an die Vollversammlung zu verhindern. Die Amerikaner und Engländer hatten mit dem Hintergedanken zugestimmt, die «17 Kleinen» würden von sich aus die «Zwei Drittel» verwerfen und die «einfache Mehrheit» vorschlagen. Molotow aber und seine Sekundanten wollen sich nicht erweichen, wollen sich von ihren schlaun Freunden nicht nachträglich in jene Lage hineinmanövrieren lassen, die sie durch ihre «sabotierende Minderheit» zu vermeiden hoffen. Sollen also die andern nachgeben? Sollen sie mit den Verhandlungen beginnen und erfahren, dass überhaupt nichts beschlossen werden kann, sofern die Russen damit nicht einverstanden sind?

Das käme auf eine Art «*passives Diktat*» Moskaus heraus. Die amerikanische Presse hat denn auch herausgefunden, dass Molotow für sich genau das gleiche Veto beanspruche, welches die Grossmächte an den «UNO-Tagungen» ausüben können, sofern ihnen ein Beschluss nicht passt. Die kleinen demokratischen Staaten unter den Siebzehn sind natürlich erbost. Für sie besteht zu Recht, dass in einer anständigen Versammlung die Minderheit sich einer Mehrheit fügen müsse. Die slawischen Sekundanten Moskaus geben aber ihrer «andersartigen demokratischen Ueberzeugung Ausdruck und behaupten, das Diktat einer Mehrheit sei genau ein Diktat wie ein anderes auch, und man könne keine Minderheit zwingen, sich ihm zu fügen. Für uns klingt das sehr sonderbar, und wir denken daran, wie in der alten, unseligen «Republik Polen» jeder adlige Querkopf von einem Abgeordneten durch sein «Liberum Veto» die einstimmige Mehrheit von 150 andern Reichstagsmitgliedern über den Haufen werfen konnte.

Für eine derartige «absolute» und «anarchische» Demokratie wären natürlich die Russen und ihre Freunde durchaus nicht zu haben. Es geht auch gar nicht um das Prinzip. Hätten die Russen in ihrem Block 11 Stimmen, würden sie für die absolute Mehrheit sein und getrost die andern 10 majorisieren, so wie heute die Angelsachsen von ihnen wünschen, dass sie sich majorisieren lassen. Beschlüsse, welchen sich eine Minderheit nur gezwungen fügt, haben im Grunde natürlich keinen Wert. Wie aber, wenn man diesen Satz ausdehnt auf die fünf besiegten Staaten, die sich dem Diktat der «Einundzwanzig» fügen sollen? In Paris wird eigentlich ein groteskes Spiel getrieben: Die russische Minderheit will sich dem Diktat der angelsächsischen Mehrheit nicht fügen, sofern dieses Diktat, das ja den fünf Besiegten auferlegt werden soll, ihnen, den Russen, nicht passt... nicht etwa den Besiegten!

Vor der Konferenz erschien eine *italienische Delegation*, und der Premier *de Gasperi* verfocht in einer meisterhaften Rede den Standpunkt seines Landes... und... wir wollen es festhalten, einer höhern Vernunft, als sie bei den Siegern waltet. Wir werden auch andere Delegationsführer sprechen hören. Und nun wohl auch einen Oesterreicher, der darüber sprechen wird, wovon *de Gasperi* nicht sprach: *Vom österreichischen Südtirol*, in welchem sich heute, wie der *Erzbischof von Brixen* an Mr.

Bevin schrieb, die zurückgekehrten Faschisten breit machen, und wo Italien einfach seine investierten Kapitalien verteidigt und sich anschickt, sie auszubeuten.

Mehr von der Konferenz zu schreiben, lohnt sich bis heute wahrlich nicht. Es ist, wie wir schon schrieben, in der Welt Wichtigeres und Entscheidungsvolleres los als in den Sälen des Palais du Luxemburg in Paris. Wir denken etwa an die

neuste Wendung in Indien.

Hier hat sich über Nacht ein sehr merkwürdiger Szenenwechsel vollzogen. Die Kongresspartei, die sich so lange geweigert hatte, die britischen Vorschläge zu akzeptieren, schwenkte um. Pandit Nehru, einer der wichtigsten Hindu-Führer, erklärte dieser Tage, binnen Jahresfrist werde das Land frei sein. Das heisst also, dass die Kongresspartei zunächst an der Uebergangsregierung, gemäss den britischen Vorschlägen, teilnehmen, dass sie zugleich an der Ausarbeitung der endgültigen Verfassung mitarbeiten und die Verträge abfassen helfen will, welche das neue Verhältnis zu Grossbritannien regeln.

Nach der Bekanntgabe des Einverständnisses von der Hinduseite glaubte man, dass die Entwicklung nunmehr auf einer schönen Ebene angelangt sei und glatt weiterrollen werde. Die wenigsten Beobachter brachten Misstrauen genug auf, um sich zu fragen, weshalb die Kongressführer die britischen Vorschläge, die sie zuerst glatt verworfen hatten, nachträglich akzeptabel fänden. Zu den Missträuischen aber gehörten die Moslims. Offenbar gibt es unter ihnen allerlei Verdächtige und Befürchtungen. Kurz und gut, die Welt erfuhr, dass Jinnah, der Führer der Moslim-Liga, sein anfänglich ausgesprochenes Einverständnis mit den britischen Vorschlägen zurückgezogen und heute genau so abseits steht wie vordem Azad, der (übrigens mohammedanische) Chef des Kongresses und Pandit Nehru. Aus den wenigen und undurchsichtigen Meldungen über Indien lässt sich vermuten, dass Jinnah die Ansicht haben muss, er gehe in die Falle, wenn er mitarbeite, und an den britischen Vorschlägen sei allerhand, was den Hindus Gelegenheit bieten werde, die Mohammedaner zu unterdrücken. Vor allem geht es darum, ob die vorgesehenen Moslim-Minister im Kabinett aus den Reihen des Kongresses (in dem ja eine «abtrünnige» Moslim-Minderheit sitzt) oder aus der Liga genommen werden sollen.

Bei Jinnah und der Liga ist neuerdings wieder «Pakistan» die Losung. Das heisst, der indische Sonderstaat im Indusgebiet, in welchem 70 Millionen Bekenner des Korans in kompakter Majorität wohnen. Die zerstreuten übrigen 20 Millionen könnte vielleicht gegen die Hindu-Minderheiten in Pakistan ausgewechselt werden. Eine Idee, die in Indien mehr Sinn hätte als etwa in Europa. Unterscheiden sich doch die brahmanischen Hindus von den Jüngern Mohammeds abgrundtief in allen religiösen Ansichten. In «Pakistan» und in den Minderheitsgebieten wird eifrig für die «Grünhemden» Jinnahs geworben, und verstehen die Engländer nicht, Jinnah von der Möglichkeit zu überzeugen, dass seine Leute in einem föderalisierten «Kontinent» Indien friedlich existieren dürfen, dann wird das erste Ereignis nach dem Abzug der Engländer die grösste Moslim-Revolution sein.

Aber die Engländer wollen nicht abziehen, bevor sie den fast unmöglichen Frieden zwischen beiden Parteien hergestellt haben. Sie sind daran noch unendlich mehr interessiert als am Frieden zwischen Juden und Arabern in Palästina, der heute auch unmöglich scheint und der täglich unmöglicher wird.

Der Plan einer Teilung Palästinas, wie man ihn in London ausgeheckt, wird von den Arabern strikte abgelehnt, von den Juden aber fanatisch und erschrocken bekämpft. Besondere Unruhe hat unter den Zionisten die Nachricht erweckt, dass Truman für diesen

Plan sei und nun den Juden statt der bisher vorgesehenen siebzehn Prozent des Landes einige Prozente mehr zugestehen wolle. In den jüdischen Siedlungsgebieten des ehemals so verachteten und von den Türken vernachlässigten Landes, welches kaum eine Million Leute zählte, wohnen heute 850 000 neu zugewanderte Siedler. Sie verteilen sich auf einige Landstriche, die zusammen nicht die halbe Grösse des Kantons Bern ausmachen. Man vergleiche damit die Grösse unseres Kantons und unsere Einwohnerzahl, und man versteht, warum es für die Zionisten einen wahren Schrecken bedeutet, sich auf dieses «Kantönchen» beschränken zu sollen. Noch 100 000 oder 150 000 Leute zu den 850 000 in jenem «halben Kanton Bern», und die Million ist schon voll. Gerade das aber sieht der englische Plan vor. Die 17% des Landes, welches Israel bekommen soll, machen ungefähr diesen halben Kanton Bern aus.

Unter den Zionisten spricht man heute vom «britisch-arabischen Block», der sich angesichts einer möglichen russischen Expansionspolitik herausgebildet habe. Die jüdisch-zionistischen Ansprüche und Rechte, die einst von England in der «Balfour-Deklaration» während des ersten Weltkrieges anerkannt wurden, würden heute rücksichtslos dem britischen Empire-Interesse, das heisst der britischen Sorge um die arabische Dauer-Freundschaft, geopfert.

Übrigens haben die Araber — wenn es nicht die geschickten Empire-Politiker in London sind, einen weiteren Brennpunkt entdeckt, von welchem aus der «Pan-Arabisismus» entfacht werden kann. Es geht um das Arabertum in Iran. Der halbe Küstenstrich zwischen Basra und Beludschistan ist arabisch bewohnt. Arabisch ist auch die Grenzprovinz gegen Irak hin, das heutige «Chusistan», von den Arabern «Arabistan» genannt. Anscheinend begeht der iranische Nationalismus, der nun einen der im Orient erwachenden Nationalismen darstellt, allerlei Exzesse gegen die Minderheit in Chusistan. Der Handel wird dadurch kompliziert, dass die Engländer in ihrem Petrolgebiet Militär einmarschieren liessen, als ein Generalstreik ausbrach, der ungefähr die gleichen Arbeitsbedingungen verlangte, welche die Russen in ihrem Oelgebiet gewähren. Der stellvertretende Premier Prinz Firouz in Teheran erklärte die Anwesenheit britischen Militärs für überflüssig, selbst wenn es nur im irakischen Basra stehen bliebe.

Aus dem merkwürdigen Handel wird ersichtlich, dass die Regierung in Teheran offenbar ein Interesse daran findet, einerseits nationalistisch, andererseits im pro-russischen Kurse zu marschieren. Eine seltsame Folge des vor einem halben Jahre unter so schleierhaften Umständen beendeten Aserbeidschan-Handels. Es sieht heute so aus, als ob man den «russischen Impuls» dazu benutze, die englische Oelgesellschaft unter sozialen Druck zu setzen, die erwachten Instinkte der Massen aber zugleich gegen das Arabertum zu mobilisieren. Woraus man wahrhaftig schliessen könnte, dass sich «Gesamt-Iran» als russischer Vortrupp gegen den «arabisch-britischen Block» einarbeite. Falls diese Situation sich noch klarer abzeichnet, könnten wir erleben, dass die von den Engländern verlassenen Zionisten am andern Zipfel der vorderasiatischen Araberlande eines Tages in den schützenden Schatten Moskaus geraten könnten...

Denn das vergisst man, wenn Molotow in Paris so deutlich sein mangelndes Interesse an einem schnellen, durch russisches Nachgeben erzielten Friedensschluss verrät, dass Moskau vom gelben Meer bis zur Levante um ganz andere Dinge kämpft, als sie in Paris etwa noch zu erreichen sind. Und wenn man gut hinhorcht, vermag man die dauernde Unruhe der Russen über die Nichträumung Chinas durch die starke amerikanische Armee und über die angreifende «nationale Armee Chinas» sehr wohl beobachten. «Schluss des Bürgerkrieges» durch Ausrottung des Kommunismus in China mit amerikanischer Hilfe bedeutet die Vernichtung eines der wichtigsten russischen Vorposten.